

Erzgeb. Volksfreund.

W Tageblatt und Amtsblatt W

für die kgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Gartenstein, Johann-georgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzm. Wildenfels.

Telegraphen-Adressen:
Volksfreund Schneeberg.
Verantwortlicher:
Schneeberg 10.
Aue 81
Schwarzenberg 19.

Nr. 85.

Sonnabend, 13. April 1907.

60. Jahrg.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Feiertagen. Abonnements monatlich 60 Pf. Jahres: im Vorauszahlung der Raum der 6 H. Vierteljahr 24 Pf., halbjährlich 12 Pf., im weiteren Teil der Raum der 6 H. Vierteljahr 48 Pf., im Rest-Teil bis 2 Pf. Vierteljahr 24 Pf.

Verantwortlicher: Herr Dr. med. et phil. Eduard Seidel, Aue, Markt 11. Eine Zeitschrift für die nördlichen Teile des Erzgebirges, an den besprochenen Orten sowie an benachbarten Orten, wo ein Abonnent, ebenso wie für die nördlichen Teile des Erzgebirges, nicht genehmigt. Kassenmäßige Beiträge nur gegen Vorweisung der Kassenmäßigen Quittung. Die Redaktion nicht verantwortlich.

Grünhain. Alle hiesigen **Gewerbetreibenden und Landwirte**, welche Maße, Gewichte, Wagen und Meßwerkzeuge im öffentlichen Verkehr benutzen, werden hiermit aufgefordert, diese **erst grünlich zu reinigenden** Gegenstände zu der von der königlichen Kreisbauhauptmannschaft angeordneten und zwar

Sonnabend, den 20. April dieses Jahres von 8 bis 12 Uhr
Montag, den 22. April dieses Jahres vormittag und
Dienstag, den 23. April dieses Jahres von 2 bis 6 Uhr nachmittags

im hiesigen **Stadteamt** stattfindenden **Nacheichung zu bringen**. Wer dieser Aufforderung nicht nachkommt, hat Bestrafung nach § 389 Ziffer 2 des R.-Str.-G.-B. zu gewärtigen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß alle diejenigen Maße, Gewichte und Wagen, deren **Eichstempel bei früheren Prüfungen durchkreuzt worden sind**, nicht wieder mit zur Nacheichung gebracht werden dürfen und deren **Weiterbenutzung bestraft wird**.

Der Bürgermeister.

Bischolau. An die Bezahlung der fälligen Steuern (Gemeindeabgaben, Bier- und Schanksteuer, Brandlaste und Kente) bis spätestens den **15. d. Mts.**, wird hiermit nochmals erinnert.
Bischolau, am 12. April 1907.
Der Gemeindevorstand.
Dilbig.

Nachdem die Einschätzung des steuerpflichtigen Einkommens im hiesigen Orte beendet und das Ergebnis derselben den Beteiligten bekannt gegeben worden ist, werden in Gemäßheit der in § 46 des Einkommensteuergesetzes enthaltenen Bestimmungen alle Personen,

welche am hiesigen Orte ihre Beitragspflicht zu erfüllen haben, denen aber die Steuerzettel nicht haben behändigt werden können, hiermit aufgefordert, wegen Mitteilung des Einschätzungsergebnisses sich bei der Ortssteuereinnahme zu melden.
Raum, am 10. April 1907.
Der Gemeinde-Vorstand.
Fischer.

Nachlaß-Versteigerung.

Montag, den 15. April von nachmittags 2 Uhr an kommen **Brunnenweg Nr. 570** die zum **Eduard Seidel'schen** Nachlaß gehörenden Gegenstände als: Kleiderschrank, Tisch, Stühle, Federbetten, Bettstelle, Küchengeräte, Uhr mit Kette, Kleidung, Wäsche u. a. m. zur Versteigerung.
Löbnitz.
Frau Sankler, Ortsrichter.

Holzversteigerung auf Carlsfelder Staatsforstrevier.

In der **Bahnhofrestauration in Wiltschhaus**
Donnerstag, den 18. April 1907 von vorm. 1/2 Uhr an
8984 ficht. Klöbner von 7—15 cm Stärke, 4469 ficht. Klöbner von 16—22 cm Stärke, 5558 „ „ 23—30 „ „ 15 buch. „ „ 18—30 „ „ 15 buch.
42, rm ficht. **Rugknüppel** und 1924, rm verschiedene ficht. und buch. **Brennhölzer**.
Spezielle Verzeichnisse der zu versteigernden Hölzer werden, sorpelt der Vorkauf, auf Verlangen von der unterzeichneten Revierverwaltung abgegeben.
Carlsfeld und Eibenstock, am 10. April 1907.
Kgl. Forstrevierverwaltung. Kgl. Forstrentamt.

Die Fortsetzung der zweiten Staatsberatung.

In der deutschen Reichstage wurde am gestrigen Donnerstag die allgemeine Debatte über den Etat des Reichsamtes des Innern fortgesetzt. Die Sitzung gestaltete sich besonders interessant durch ein Rededuell zwischen dem Abgeordneten Dr. Naumann, der seine Jungferrede hielt, und dem Grafen Posadowsky. Eingeleitet wurde die Sitzung durch eine Rede des Abgeordneten A a b von der Wirtschaftlichen Vereinigung, der sich im großen und ganzen wieder im Rahmen der bekannten Mittelstandsforderungen hielt, denen er diesmal noch das Verlangen nach Vereinheitlichung der Stenographie, die auch gestern im preussischen Abgeordnetenhaus zur Erörterung kam, beifügte. Der bekannte Arzt und Sozialpolitiker Dr. W u g a n von der freisinnigen Volkspartei polemisierte sodann hauptsächlich gegen die frühere Rede des Abg. Trimborn, indem er die Hoffnung aussprach, daß die soziale Reform im gegenwärtigen Reichstage besser fortkommen werde als in dem vorigen, in dem das Zentrum die sozialpolitische Führung hatte.

Abg. Dr. Naumann, der dann seine Jungferrede hielt, erweckte natürlich die besondere Aufmerksamkeit des Hauses. Die Schuld für das angebliche Stillstehen der Sozialreform maß er nicht, wie einzelne frühere Redner, teilweise wenigstens, dem Reichstage, sondern lebhaft dem Bundesrat bei, der nicht gesonnen sei, auf den Willen der sozialpolitischen Mehrheit des Reichstages einzugehen. Gleich als ob er schon in der vom „entschiedenen“ Liberalismus herbeigeführten Ära des parlamentarischen Regimes lebte, erhob er unter vielfachen Zustimmungsausrufen der linken Seite des Hauses Klage darüber, daß die schuldige Anerkennung des Mehrheitswillens des Reichstages durch den Bundesrat ausgeblieben sei. In dieser Beziehung erging er sich in recht einseitigen und anfechtbaren staatsrechtlichen Betrachtungen über das Machtverhältnis zwischen den beiden Faktoren der Gesetzgebung und bedauerte unter stürmischer Heiterkeit, daß es dem Reichstag verjagt sei, im Falle eines Konfliktes von einem Bundesrat an den anderen Bundesrat zu appellieren. Der Kern der Rede Naumanns bestand in den Gedanken, die bereits in Naumanns Neudeutscher Wirtschaftspolitik entwickelt sind. Vor allem betonte der Redner die Forderung des Ausbaues des Koalitionsrechtes. Das eigentliche Zentrum der Sozialpolitik, die Frage der Anerkennung der Arbeiterorganisationen in der zentralisierten Großindustrie, sei von der staatlichen Sozialpolitik der letzten zehn Jahre völlig beiseite gelassen worden. Im Handwerk und in den kleinen und mittleren Industrien haben sich die Organisationen ohne Eingreifen der Gesetzgebung durch ihr eigenes Schwergewicht von selber durchgesetzt. Bei der fortschreitenden Großindustrie sei die Freiheit der Arbeiter am geringsten. Das Äquivalent der Konzentrierung der Betriebe müsse die praktische Ermöglichung des Kollektivvertrages für die Arbeiter sein. Die Idee des Marxismus würde auf feiner Weise verwirklicht werden durch die Regelung der Produktion vermittels der Syndikate und Kartelle, wodurch sich eine zentrale Machtstellung und Einheitsfähigkeit der Industrie bilde.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwiderte ungefähr folgendes: In der Praxis des Lebens sähen die Dinge doch nicht anders aus. Wenn ein Ausländer die Rede gehört hätte, die wir eben gehört haben, so könnte er zu der Schlussfolgerung kommen, daß Deutschland hinter anderen Staaten mit wesentlich liberalerer Verfassung zurückstehe. Demgegenüber muß ich doch zwei Tatsachen betonen: 1. In Frankreich ist man jetzt bemüht, die Einkommensteuer einzuführen. Ueber daselbe Vorhaben sind dort schon eine ganze Reihe Minister gestürzt. (Heiterkeit.) In Deutschland ist dagegen die Progression der Einkommensteuer, die stärkere Heranziehung der großen Vermögen schon längst etwas Selbstverständliches. 2. In England will man jetzt die Invalidenpensionierung einführen. Man will ferner die Entvölkerung Schottlands durch Ansiedlung von kleinen Bauern heilen, und da tritt dort sogar ein Liberaler auf und spricht von Umsturzbestrebungen. (Heiterkeit.) Wir haben das alles längst. Der Vorkredner hat übrigens keinen Vorschlag gemacht, wie im einzelnen vorgegangen werden soll. Gätten wir lauter Leute, die alles tun nur aus Liebe zum Nächsten mit Unterdrückung des eigenen Egoismus, so brauchten wir keine Gesetzgebung. Aber lesen Sie doch die Berichte der Gewerbeinspektoren, wie oft da Strafen verhängt werden müssen. Also es muß eine kräftige Staatshand da sein, die dafür sorgt, daß die Gesetze befolgt werden und die eventuell für Verletzung sorgt. Die Auffassungen in sozialpolitischer Hinsicht seien noch sehr verschieden; es könne sich da bei den verschiedenen Regierungen nur darum handeln, Schritt für Schritt auf dem Wege der Gesetzgebung vorzugehen. Es ist oft geklagt worden über das Tempo der sozialen Gesetzgebung; aber woran liegt das? Davon, daß so außerordentlich viele sozialpolitische Forderungen gleichzeitig gestellt werden, so viele Forderungen, die nicht auf einmal verdaut werden können, und doch erst verdaut werden müssen von der öffentlichen Meinung, von den Parlamenten und von den Regierungen. Der Staatssekretär gibt dann ein Bild von all den Aufgaben, die in der nächsten oder in den nächsten Sessionen zu bewältigen sind; er führt unter anderen an: Hilfsklassen-Novelle, Unterstützungs-Bohnsitz, Hausarbeit in der Fabrikindustrie, desgleichen in der Spielwarenindustrie, kleiner Befähigungs-Nachweis im Handwerk. Mit einer Vorlage hierüber sei er zu drei Vierteln fertig. Er hoffe, daß die Vorlage im nächsten Herbst werde eingebracht werden können. Weiter sei er beschäftigt mit der Ausarbeitung eines Gesetzes über das Vereins- und Versammlungsgesetz. Er sei jetzt der Ansicht, daß es praktisch sei das Vereins- und Versammlungsgesetz erst zu regeln vor dem über die Berufsvereine. Werde das Vereinsgesetz hier in der Fassung, die er für richtig halte, angenommen, so werde es hinterher leicht sein, in dasselbe Bestimmungen über die Berufsvereine einzufügen. Das jetzige Vereins- und Versammlungsgesetz habe sich tatsächlich überlebt; viele polizeiliche Vorschriften desselben seien nur geeignet, das Publikum zu ärgern. Er halte sich trotz aller Angriffe immer noch für einen konservativen Politiker. Zwei Gesichtspunkte freilich müssen bei dem Vereinsgesetz entscheidend bleiben. Zu allen Zeiten und unter allen Umständen müssen hitzerige Debatte, Ruhe und

Sicherheit gewährleistet sein, und zweitens dürfen die Vereine nicht zur Vorbereitung verbrecherischer Handlungen dienen. Weiter erinnert der Staatssekretär an die Aufgaben der Zusammenlegung der drei sozialen Beschäftigungsgesetze, um die Schwierigkeiten dieser Aufgabe zu betonen, sowie auch die große, darin liegende finanzielle Gefahr die in der zunehmenden Sucht nach Erlangung von Renten liege. Weiter legt er die Aufgaben dar, die noch auf dem Gebiete des eigentlichen Arbeiterschutzes vorliegen. Auch ein Apothekergesetz stehe auf der Tagesordnung.

Nach der Rede des Staatssekretärs leerte sich das Haus, sodaß der Sozialdemokrat Doch vor nahezu leeren Bänken eine lange Rede über die Sozialpolitik hielt. Auf eine Beschwerde des Redners über Invalidenrenten-Entziehungen erklärte Staatssekretär Graf Posadowsky, die Revisionen hätten ergeben, daß tatsächlich Renten erschlichen seien, ohne daß die dafür erforderlichen Voraussetzungen vorgelegen hätten. Fälle solcher Art, in denen Renten erschlichen seien, könnten doch von niemand gebilligt werden. — Die Weiterberatung wurde sodann auf Freitag mittag 1 Uhr vertagt.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Berlin, 11. April. Der Kaiser hatte heute vor-mittag eine Besprechung mit dem Reichskanzler, der kurz nach Mitternacht zurückgekehrt war, sowie mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Berlin, 11. April. Geh. Medizinalrat Professor Dr. v. Reuden ist zum Wirklichen Geh. Räte mit dem Prädikat „Erzelenz“ ernannt worden.

Berlin, 11. April. (Bundesrats-sitzung.) In der heutigen Sitzung des Bundesrates wurde dem Ausschussbericht über die Verteilung der in Paragraph 11 des Schutzgebietsgesetzes vorgesehenen Rechte an die Deubundschaf-pflanzung die Zustimmung erteilt; ferner gab der Bundesrat den Ausschussberichten über eine Ergänzung des dem Reichstage vorliegenden Entwurfes des Reichshaushaltsbetat für das Rechnungsjahr 1907 seine Zustimmung.

Berlin, 11. April. Denkschrift über die Eisenbahnunternehmungen in Afrika und Asien. Dem Reichstage ist die in der Kolonialabteilung ausgearbeitete Denkschrift über die Eisenbahnunternehmungen in Afrika und Asien zugegangen. Die Denkschrift gibt ein Bild von dem Umfange und der Rentabilität dieser Unternehmungen. Die Drucklegung wird mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Berlin, 11. April. Die Wahlprüfungskommission beschloß mit 7 gegen 6 Stimmen, die Wahl des Abgeordneten für den Wahlkreis 9 Breslau, Freiberger v. Nichte-Hofen-Damsdorf (kons.), ungültig zu erklären. Ausschlaggebend war ein Telegramm des Reichskanzlers, das sich gegen die Sozialdemokraten richtete. Herr von Nichte-Hofen hatte beim ersten Wahlgang 10 049 Stimmen erhalten, der Sozialdemokrat 8341, die freisinnige Volkspartei 4127, die Mittelstandspartei 3043. Bei der Stichwahl siegte dann Nichte-Hofen mit 15 606 Stimmen. An diesem Wahlergebnis dürfte eine gewisse Überraschung kaum viel ändern.